

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in den vergangenen Monaten standen vor allem die drei Themen Digitalisierung, Lehrerbildung und Unterrichtsausfall im Mittelpunkt. Das Umsetzungsgesetz des Digitalpakts wurde auf den Weg gebracht. Somit können die Schulträger nun auf die fast 400 Millionen Euro, die dem Land Hessen freundlicherweise vom Bund zur Verfügung gestellt werden, ergänzt um weitere Mittel des Landes und der Kommunen, zugreifen. Wir haben dem Digitalpakt zugestimmt, damit der Ausbau der digitalen Infrastruktur vorangehen kann. Unabhängig davon vermissen wir bei der Digitalisierung an Schulen vom Land eine einheitliche Strategie und bessere Koordinierung sowie Strategien für den Support der Infrastruktur. Ebenso ist die Aus- und Fortbildung für digitale Lehrinhalte und Medienbildung unserer Auffassung nach weiterhin zu unverbindlich und überhaupt ungenügend. Nicht zugestimmt haben wir einem Teil des Gesetzes, der den möglichen Standortwechsel der Lehrkräfteakademie vorsieht.

Um die Lehrerbildung ging und geht es ebenso weiterhin mit unserem Gesetzentwurf zur Modernisierung der Lehrkräftebildung. Hier steht die dritte Lesung noch aus, da wir noch die Ergebnisse der Evaluation des Praxissemesters bis zur finalen Abstimmung über unseren Gesetzentwurf abwarten wollen.

Auch der Lehrkräftemangel und der Unterrichtsausfall waren erneut Themen im Parlament. Neue Studien, Berichte aus Schulen sowie die eigene Erhebung des Landeselternbeirats haben uns bewogen darauf hinzuweisen, dass sich die Landesregierung mit ihren ständigen Erfolgsmeldungen und Jubelbotschaften keinen Gefallen tut. Nur eine ordentliche, an der schulischen Realität orientierte Bilanz kann die Grundlage für weitere Konzepte, Mittel und Weiterbildungsprogramme sein, um Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall zu reduzieren.

Ich wünsche Ihnen im Namen der SPD-Landtagsfraktion und unserer neuen Fraktionsvorsitzenden Nancy Faeser eine schöne Herbstzeit und alles Gute für das verbleibende Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen

*Arbeitskreisvorsitzender;
Main-Kinzig-Kreis*

Karin Hartmann
*Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße*



Turgut Yüksel
*Integrationspolitischer Sprecher;
Frankfurt*



Kerstin Geis
*stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau*



Manuela Strube
Landkreis Kassel



KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM AUF DIE WEBSITE DER/DES ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

AKTUELLE SITUATION/ LEHRKRÄFTE

2

Regierungserklärung
Lehrkräftebildung
Standort der Lehrkräfteakademie

DIGITALISIERUNG/ UNTERRICHTSAUSFALL

3

Digitalpakt
Forum Bildung

ARBEITSZEITEN/ UBUS-KRÄFTE

4

SCHULEN/ INTERVIEW

5

Freies Mittagessen
Pädagogische Selbstständigkeit

INTERVIEW

6

SCHULLEITUNGSDEPUTAT

7

IM GESPRÄCH/ TERMINE UND ANKÜNDIGUNGEN

8

Aktuelle Situation

REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUM SCHULJAHRESAUFTAKT

In der Regierungserklärung vom 3.09. zum Schuljahresauftakt äußerte sich Kultusminister Lorz zu den Zielen seiner Bildungspolitik. Ohne Erwähnung blieben dabei Unterrichtsausfall und Lehrermangel. In seiner letzten Rede im Hessischen Landtag antwortete Thorsten Schäfer-Gümbel auf die Regierungserklärung und verabschiedete sich zugleich vom Parlament. Er betonte, dass man das Thema Bildung zukünftig anders angehen müsse. „Sie entscheidet darüber, ob unsere Kinder Veränderung als Chance begreifen oder nicht. Und sie entscheidet darüber, ob unsere Kinder zu den Digitalisierungsgewinnern oder den Digitalisierungsverlierern gehören.“ Schäfer-Gümbel

kritisierte das niedrige Pro-Stelle-Budget für Fortbildungen. Er betonte, dass der Kultusminister sich gekonnt vor Negativaspekten der Bildungspolitik verstecke. So äußerte er sich unter anderem nicht zur Anzahl der Ganztagschulen und zur Besoldung von Grundschullehrkräften. Schäfer-Gümbel forderte eine Stärkung und Aufwertung politischer und kultureller Bildung.

Ein Video der Rede von Thorsten Schäfer-Gümbel finden Sie [hier](#).

Unsere [Pressemitteilung](#) zur Rede von Thorsten Schäfer-Gümbel

Lehrkräfte

LEHRKRÄFTEBILDUNG

Am 25.09. kam es zur zweiten Lesung unseres Gesetzes zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen. Statt selbst einen Vorschlag zu machen, kritisiert die Landesregierung unseren Gesetzentwurf zur Lehrkräftebildung. Wir fordern unter anderem eine Regelstudienzeit von 10 Semestern, die wir aufgrund der Anpassung der Lehrinhalte als notwendig erachten. Zudem fordern wir auch die höhere Besoldung des Grundschullehramts. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfes steht noch aus.

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen zur Lehrkräftebildung (1:00)

STANDORT DER LEHRKRÄFTEAKADEMIE

Zusätzlich zu unserem Gesetzentwurf fordern wir auch den Verbleib der Lehrkräfteakademie in Frankfurt. Da in kaum einer anderen Landesbehörde die Mitarbeitenden derart vom Landesticket profitieren und zudem die Lehrkräfteakademie dringend darauf angewiesen ist, auf Expertinnen und Experten aus dem ganzen Land zugreifen zu können, lehnen wir im Sinne der Arbeitsfähigkeit der Akademie, aus ökologischen Gründen wie auch zur Vermeidung unverhältnismäßiger Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Verlagerung an einen weniger zentralen Standort ab. Frankfurt muss Dienstsitz der Lehrkräfteakademie bleiben.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema des Standortwechsels der Lehrkräfteakademie

Unsere [Pressemitteilung](#) zum Standortwechsel der Lehrkräfteakademie

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen zum Thema Lehrkräfteakademie (17:16)

Digitalisierung

VERABSCHIEDUNG DES GESETZES ZUM DIGITALPAKT

Der Hessische Landtag hat am 25.09. das „Gesetz zur Förderung der digitalen kommunalen Infrastruktur an hessischen Schulen“ beschlossen. Das Gesetz verteilt zwar die finanziellen Mittel, lässt aber vieles andere offen. Für die schnelle Umsetzung fehlt unter anderem eine Förderrichtlinie. Außerdem sind Mindeststandards bezüglich der technischen Ausstattung unbedingt notwendig. An vielen Schulen fehlt es an technischer Ausstattung und genügend Fortbildungsmöglichkeiten. Außerdem fehlen Richtlinien sowie ein Orientierungsrahmen für die Entwicklung von Medienbildungskonzepten. Besorgniserregend ist auch,

dass die Langzeitfinanzierung der Maßnahmen unklar ist. Wir haben dem Gesetz zugestimmt, da es notwendig ist, dass die Schulen schnellstmöglich ihre finanziellen Mittel erhalten. Wir erwarten von der Landesregierung, dass regelmäßig über die aktuelle Situation informiert wird.

Unsere [Pressemitteilung](#) zum Digitalpakt

[Video](#) zur Rede von Kerstin Geis zum Digitalpakt (0:15)

FORUM BILDUNG- ERWACHSENWERDEN 4.0- DIGITAL LERNEN UND LEHREN

Am 27.09.19 fand unser 5. Forum Bildung zum Thema Digital Lernen und Lehren statt. In einer ersten Gesprächsrunde gab zunächst Günter Steppich einen Impuls zum Thema des Einsatzes digitaler Medien im Unterricht. Er äußerte sich beispielsweise dazu, inwieweit die Regelung BYOD (Bring your own device) sinnvoll ist. Danach gab Korhan Ekinci ein Statement darüber, was er aus Elternsicht im Bezug auf die Nutzung digitaler Medien im Unterricht erwartet. Anschließend äußerte sich noch Tom Sohl (LSV) dazu, was er aus Schülersicht erwartet.



Günter Steppich, Fachberater für Jugendmedienschutz



Korhan Ekinci, LEB



Tom Sohl, LSV



Stephan Bayer, Sofa-tutor



Meike Wiedwald, GEW

In einer zweiten Gesprächsrunde stellte Stephan Bayer an einem Beispiel die Anwendung von Lernplattformen vor und äußerte sich zu deren Möglichkeiten sowohl im Unterricht als auch zu Hause. Anschließend gab Meike Wiedwald ein Statement dazu ab, inwieweit man digitale Medien zum Lernen nutzen kann und sollte. Zusätzlich zu den Referenten gab es Impulse und Fragen aus dem Publikum.

Unterrichtsausfall

UMFRAGE DES LANDESELTERNBEIRATES

In einer Umfrage des Landeselternbeirats (LEB) wurde deutlich, dass der Unterrichtsausfall viel massiver ist, als von Kultusminister Lorz bisher je eingestanden wurde. Der Abgeordnete Christoph Degen äußerte sich dazu so: „Herr Lorz kann doch nicht ernsthaft erwarten, nur weil das Kultusministerium unter seiner Regie keine Zahlen erhebt, dass das auch der Realität entspricht“. Zahlen zu erheben, ist kein Ding der Unmöglichkeit, was andere Länder, sowie die Umfrage des LEB bestätigen.

Die Umfrage des LEB finden Sie [hier](#)
Unsere [Antrag](#) zum Thema [Unterrichtsausfall](#) bekämpfen

Unsere [Pressemitteilung](#) zur Umfrage des LEB
Hier finden sie unsere [Pressemitteilungen](#) zum Thema [Unterrichtsausfall](#)

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen zum Thema Unterrichtsausfall (0:26)

Belastende Arbeitszeiten für Lehrkräfte in Hessen

Brandbriefe aus Schulkollegien, Überlastungsanzeigen von Lehrkräften sowie Studien weisen immer wieder auf ein Problem hin: Die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern übersteigt oft trotz Ausgleichs in Ferienzeiten eine wöchentliche Zahl von 40/41 Stunden. Aus diesem Grund stellte die SPD-Fraktion im Mai 2019 einen Dringlichen Berichtsantrag und erkundigte sich über die Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften in Hessen. Zusätzlichen Anlass bot das Grundsatzurteil des Gerichtshofs der Europäischen Union zur systematischen Arbeitszeiterfassung. Dieses sei aufgrund des Beamtenstatus vieler Lehrkräfte jedoch nicht auf diese anwendbar und müsse auf Bundesebene eingehend geprüft werden, gab Kultusminister Lorz an und sah auch sonst keinerlei Grund für eine Überprüfung der realen Arbeitszeiten von Lehrkräften. „Statt sich über die tatsächliche Lage der Lehrerinnen und Lehrer in Hessen informieren zu wollen, verweist der Kultusminister auf die bisherige Rechtsprechung und sagt, die Zeit, die Lehrkräfte für Korrekturarbeiten, Vor- und Nachbereitung, Konferenzen und Elterngespräche verwenden würden, sei nicht messbar und überprüfbar. Ich glaube, dass Lehrerinnen und Lehrer in Hessen diese Zeit sehr sicher zuverlässig

aufschreiben könnten. Genauso kommen ja auch Studien zu ihren alarmierenden Ergebnissen“, sagt Manuela Strube.

Die Erfassung von Arbeitszeiten könnte hier Abhilfe schaffen. Christoph Degen stellt klar: „Es geht uns nicht darum, Lehrkräfte wie mit einer Stechuhr stärker kontrollieren zu wollen. Nein, es geht uns darum, zu kontrollieren, ob die Landesregierung unsere hessischen Lehrerinnen und Lehrer, die tolle Arbeit leisten, davor schützt, durch insgesamt erhöhte Arbeitszeiten überlastet zu werden und dadurch gesundheitliche Schäden zu riskieren.“

Die örtliche und zeitliche Flexibilität der Lehrkräfte zu erhalten und gleichzeitig für einen realistischen Blick auf die Belastungen durch erhöhte Arbeitszeiten zu sorgen, das haben sich die Mitglieder der SPD-Fraktion im Kulturpolitischen Ausschuss zum Ziel gesetzt. Hierfür sind weitere Gespräche mit Lehrkräften und der GEW geplant.

Zu unserem [Dringlichen Berichtsantrag](#) Erfassung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern an hessischen Schulen.

Vertretung von UBUS-Kräften

Frage der Abg. Strube: Wie ist die Vertretung der sozialpädagogischen Fachkräfte (UBUS) bei kurzfristiger und längerer Krankheit sowie nach Ende der Lohnfortzahlung und darüber hinaus bei Mutterschutz und Elternzeit geregelt?

Antwort der Landesregierung: Frau Abg. Strube, die Stellen der von Ihnen angesprochenen sozialpädagogischen Fachkräfte haben wir zur Unterstützung der Schulen neu eingerichtet (...). Ihre Aufgaben müssen allerdings, im Gegensatz zu einer Lehrkraft im regulären Unterricht, nicht vertreten werden, da es sich ausschließlich um ein Unterstützungsangebot des Landes Hessen handelt. Im Vertretungsfall einer UBUS-Fachkraft fällt somit kein regulärer Unterricht aus, der im Rahmen der verlässlichen Schule vertreten werden müsste. Eine Vertretung der UBUS-Fachkräfte bei Ausfall ist deshalb derzeit nicht vorgesehen. (...)

Nachfrage der Abg. Hartmann: Herr Minister, sind mittlerweile alle Stellen, die für UBUS-Kräfte ausgeschrieben waren, besetzt, und bis wann soll diese stille Reserve, die als Vertretungskräfte eingesetzt werden können, umgesetzt werden?

Antwort der Landesregierung: Frau Abg. Hartmann, abgesehen von der natürlichen Fluktuation, die natürlich immer dazu führt, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht alle Stellen gleichzeitig besetzt sind, war das leider nicht Gegenstand der ursprünglichen Frage. Solche Zahlen müsste ich mir auf aktueller Basis holen. Ich habe sie heute einfach nicht dabei.



Nachfrage des Abg. Degen: Herr Kultusminister, zurückkommend auf die ursprüngliche Frage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass wenn eine UBUS-Fachkraft durch Schwangerschaft, Erziehungszeit oder Langzeiterkrankung nicht verfügbar ist, es derzeit keine Vertretungsregelung gibt und Sie das jetzt erst prüfen?

Antwort der Landesregierung: Herr Abg. Degen, es ging uns im letzten Jahr zunächst einmal darum, diese Stellen zu schaffen, also überhaupt dieses Programm einzuführen und die entsprechenden Personen dafür zu finden, um diese Stellen in der ersten Linie zu besetzen. Das war auch schon mehrfach Gegenstand von Nachfragen in diesem Haus. Jetzt, wo diese Stufe erfüllt ist, schauen wir, wie wir mit der zweiten Linie umgehen können, d. h. der Frage eines möglichen Ausfalls von UBUS-Kräften. Wie ich eben schon in der ursprünglichen Antwort auf die Frage ausgeführt habe: Das ist genau das, worüber wir uns im Moment Gedanken machen, wie wir jedenfalls für langfristige Abwesenheiten – dafür sind längere Erkrankungen oder Abwesenheit durch Elternzeit die typischen Beispiele – eine Vertretungsregelung schaffen können.

Nachfrage der Abg. Strube: Herr Kultusminister, ich habe die Frage: Wann rechnen Sie mit dem Abschluss der Prüfung? Wie viele Monate dauert es, bis Sie das geprüft haben?

Antwort der Landesregierung: Frau Abg. Strube, sehen Sie mir nach, dass ich auf diese Frage jetzt keine Antwort geben kann.

Schulen

FREIES MITTAGESSEN FÜR ALLE SCHÜLER

Immer mehr SchülerInnen können nicht am Mittagessen in der Schule teilnehmen, da dies für die Eltern finanziell schwierig ist oder der Verwaltungsaufwand abschreckt. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzesentwurf eingebracht, der regeln soll, dass jeder SchülerInnen an Ganztagschulen Anspruch auf ein freies Mittagessen hat. Wir begrüßen die Idee, ein kostenfreies Mittagessen an Ganztagschulen einzuführen, grundsätzlich. Allerdings sind die damit verbundenen Kosten für uns noch nicht transparent genug und voraussichtlich keineswegs von heute auf morgen zu schultern. Wir fordern von der Landesregierung eine Übersicht über die bisherigen Teilnehmerquoten sowie über den Finanzbedarf unter Berücksichtigung bestehender Förderprogramme (insbe-

sondere durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes). Statt sich dieser Sache anzunehmen, schiebt der Kultusminister die Verantwortung bisher auf die Schulträger. Verwunderlich ist auch, dass die Regierungskoalition eine Anhörung ablehnt und somit die Möglichkeit der Klärung von noch offenen Fragen verwehrt.

Ein Video der Rede von Christoph Degen zum Gesetzesentwurf finden Sie [hier](#) (34:56)

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema kostenfreies Mittagessen

Unser [Kleine Anfrage](#) zum Thema kostenfreies Mittagessen an Grundschulen

PÄDAGOGISCHE SELBSTSTÄNDIGKEIT

Frage der Abg. Geis: Welche zusätzlichen Ressourcen werden voraussichtlich mit pädagogischer Selbstständigkeit verbunden?

Antwort der Landesregierung: Frau Abg. Geis, pädagogisch selbstständige Schulen werden eine garantierte Unterrichtsversorgung von 105 % erhalten.

Nachfrage des Abg. Degen: Herr Kultusminister, bedeutet das, dass, wenn eine Schule, die schon eine selbst-



ständige Schule ist – nicht pädagogisch selbstständig – und damit bereits 105 % erhält, dann 106 % erhält?

Antwort der Landesregierung: Nein, Herr Abg. Degen; denn wenn eine Schule heute schon selbstständig ist, hat sie auch schon alle Befugnisse, die zur pädagogischen Selbstständigkeit gehören. Das ist natürlich mit den 105 %, die sie für diese umfassende Selbstständigkeit bekommen hat, abgegolten.

Interview

...MIT KARIN HARTMANN, DER VORSITZENDEN DES KULTURPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

1. Du hast von April bis November 2008 den KPA geleitet und leitest ihn jetzt wieder. Was hast du dir für die Arbeit als Ausschussvorsitzende vorgenommen?

Als Ausschussvorsitzende sehe ich meine Aufgabe darin eine Atmosphäre zu schaffen, in der wir offen, parteiübergreifend und konstruktiv über die drängenden bildungspolitischen Themen reden und möglichst mit breiter Mehrheit zukunftsfähige Lösungen finden. Ich würde mir wünschen, dass wir im Landtag auf sinnvolle Anregungen von Oppositionsfraktionen nicht nur Ablehnung und leere Floskeln der Landesregierung zu hören bekommen, sondern gemeinsam daran arbeiten, unser Bildungssystem

sinnvoll weiterzuentwickeln.

2. Worauf legst du deinen Schwerpunkt als Ausschussvorsitzende?

In meinen Augen gibt es in Hessen noch kein funktionierendes Konzept, wie man digitale Medien sinnvoll in den Unterricht einbeziehen kann. Bei der Digitalisierung an Schulen dürfen die Lehrkräfte aber nicht im Regen stehen gelassen werden. Da andere Länder bei der Digitalisierung deutlich weiter sind, wollen wir eine Informationsfahrt des kulturpolitischen Ausschusses nach Estland und Schweden durchführen. Ich bin der Meinung, dass wir von

diesen Ländern viel über den modernen Umgang mit neuen Medien lernen können - ein Thema, das die Hessische Landesregierung in den vergangenen 20 Jahren leider vollkommen verschlafen hat.

3. Allgemein gefragt: Wo siehst du den größten Handlungsbedarf in der hessischen Bildungspolitik? Welche Kriterien muss die „ideale Schule“ für dich erfüllen?

Unabhängig vom Elternhaus sollten Kinder sehr früh, aber ohne Druck und spielerisch „lernen zu lernen“. Nach wie vor bestimmen die Herkunft und das Elternhaus eines Kindes maßgeblich den schulischen Erfolg. Für mich ist offensichtlich, dass unser aktuelles Bildungssystem diese gesellschaftliche Schieflage nicht beseitigen kann. Deswegen brauchen wir eine radikale Abkehr von preußischen Bildungsidealen wie Konkurrenz, Leistungsdruck und frontalem, analogen Unterricht.

Die ideale Schule unterscheidet sich von der derzeitigen in erster Linie durch das Verständnis von Lehrkräften, die ich als Lernbegleiter und Mutmacher für Schülerinnen und Schüler betrachte. Aber auch die Schulstruktur muss sich den Gegebenheiten der Zeit anpassen. Ich habe die Vision einer Schule, die mit individuellen Förderplänen kein Kind zurücklässt und nicht nach der vierten Klasse aussortiert.

4. Welchen Themenschwerpunkten wirst du dich in dieser Legislaturperiode besonders widmen?

Schwerpunktmäßig setze ich mich aktuell mit Demokratiebildung an Schulen und außerhalb von Schulen auseinander. Insbesondere die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung unter jungen Menschen, aber auch das Erstarken der politischen Rechten machen dieses Thema wahnsinnig wichtig.

Das Fach Politik und Wirtschaft muss schulformunabhängig insbesondere in der Mittelstufe einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Demokratiebildung muss fächerübergreifend Querschnittsaufgabe werden. Hauptschüler*innen haben bis zu ihrem Schulabschluss insgesamt nur 108 Stunden Politik-Unterricht. Am Gymnasium sind es bis zum Abitur mindestens dreimal so viel.

5. Du hast dich in der letzten Legislaturperiode besonders der Schulsozialarbeit gewidmet. Was sollte in dem Bereich dringend geändert werden?

Am drängendsten ist wohl der Personalmangel in der Schulsozialarbeit und unter Schulpsycholog*innen. In ganz Hessen kommen auf etwa 800.000 Schülerinnen und Schüler, gerade einmal 114 Schulpsychologen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt Hessen kein Geld für den Ausbau von Schulsozialarbeit und sogenannte UBUS-Kräfte ersetzen keine konzeptionelle Schulsozialarbeit. Insbesondere in Anbetracht immer heterogener werdender Klassen, sich ausbreitender Ganztagsbetreuung und der wachsenden Bedeutung von Inklusion und Integration ist das vollkommen unzureichend!

6. Du bist auch Mitglied im Innenausschuss. Welche Schnittmengen ergeben sich daraus für dich?

Im Innenausschuss bin ich unter anderem für die Themen Sport und Kommunen zuständig. Gerade durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung werden Sportvereine und Schulen immer enger zusammenarbeiten. Beim Schulbau und der Digitalisierung ist ein enger Kontakt mit den Schulträgern zwingend notwendig. Als Abgeordnete betrachte ich es als meine Aufgabe, mit den Beteiligten in engem Kontakt zu stehen.

7. Dein Motto?

Kein Kind zurücklassen - alle Kinder unabhängig vom Elternhaus bestmöglich fördern!

Karin Hartmann



1959 geboren in Heppenheim
Verheiratet, zwei Kinder
Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Psychologie an der Technischen Hochschule Darmstadt
Abschluss: Diplom-Soziologin

Politischer Werdegang:
1983: Eintritt in die SPD
1985 bis 1995 Tätigkeit als Geschäftsführerin bei der SPD Kreistagsfraktion Bergstraße
Seit 1989 Gemeindevertreterin in Graselbach
Seit 1993 Kreistagsabgeordnete (stellvertretende Kreistag- und stellvertretende Fraktionsvorsitzende)
1995-2009 und seit Januar 2014: Mitglied des Hessischen Landtags

Schulleitungsdeputat

MÜNDLICHE FRAGEN AUS DEM SEPTEMBER-PLENUM

Frage des Abg. Degen: Ist seit Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucks. 19/6475 sichergestellt, dass Schulen mit mehreren Standorten einen Zuschlag zum Schulleiterdeputat auch dann erhalten, wenn am zweiten Standort nicht zwingend ein vollständiges paralleles Angebot vorgehalten wird?

Antwort der Landesregierung: Herr Abg. Degen, die Antwort auf die Kleine Anfrage Drucks. 19/6475 hat weiterhin Gültigkeit. Es wird weiterhin ein vollständig paralleles Angebot an den Außenstellen als einheitliches Kriterium für die Gewährung des Zuschlags angewandt. Ich darf allerdings hinzufügen – Sie haben nur nach dem Schulleiterdeputat gefragt –: Zusätzlich zum Schulleiterdeputat erhalten alle Schulen nach der Pflichtstundenverordnung auch noch Schulleitungsdeputatstunden und Schuldeputatstunden. Diese Stunden basieren rein auf den Schülerzahlen der letzten Herbststatistik und beziehen damit alle Schülerinnen und Schüler auch des Nebenstandortes, unabhängig vom Ausbauzustand des Standortes, mit ein.

Nachfrage des Abg. Degen: Herr Kultusminister, vor dem Hintergrund Ihrer doch vielfältigen Erfahrung: An welcher Schule fällt mehr zusätzlicher Koordinations- und Verwaltungsaufwand an – an einer Grundschule, die einen zweiten Standort hat und an der eine einzige Klasse von Jahrgang 1 bis 4 ist, oder an einer Grundschule, die einen zweiten Standort hat mit z. B. sechs Klassen, die alle in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 sind?

Frage des Abg. Degen: In welchem Umfang wurde inzwischen mit den geschaffenen zusätzlichen Konrektorenstellen für Grundschulen auch das Schulleitungsdeputat für betroffene Grundschulen erhöht?

Antwort der Landesregierung: (...) Nach der Verordnung über die Pflichtstunden für die Lehrkräfte vom 19. Mai 2017 ist das Deputat für weitere Schulleitungsaufgaben, also das von Ihnen angesprochene sogenannte Leitungsdeputat, hierbei unter anderem abhängig vom Schultyp und von der Anzahl der Schülerinnen und Schüler zum Zeitpunkt der Herbststatistik und nicht von der Besetzung einer Konrektorenstelle. Allerdings wird in § 5 Abs. 5 der Verordnung auch die Übertragbarkeit der Anrechnung für den Fall der Nichtbesetzung einer Konrektorenstelle geregelt. Dort heißt es: Bei Erkrankung, Beurlaubung der Funktionsstelleninhaber oder bei vorübergehender Nichtbesetzung einer Funktionsstelle über einen Zeitraum von mehr als vier Wochen geht die Anrechnung auf die Lehrkraft über, die vertretungsweise mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte beauftragt ist.



Antwort der Landesregierung: Herr Abg. Degen, wie in der Antwort auf die von Ihnen zitierte Drucksache bereits ausgeführt wurde, findet sich an den Schulen eine breite Vielfalt unterschiedlicher Konstellationen. (...) Sie haben jetzt zwei weitere Konstellationen ins Spiel gebracht, von denen ich ad hoc gar nicht sagen kann, ob sie draußen realiter so existieren oder nicht. Das Problem ist immer: Sie müssen irgendeine Form von einheitlichen Kriterien anwenden, um einen solchen Zuschlag zu gewähren und um genau solche Abwägungsprozesse zu vermeiden, (...). Wir haben uns dafür entschieden, zu sagen: Es muss ein vollständig paralleles Angebot da sein. Dann gibt es auch den entsprechenden Zuschlag.

Nachfrage des Abg. Degen: Zunächst einmal: Genau diese Beispiele, die ich nannte, gibt es so. – Herr Kultusminister, ist es nicht vorstellbar, dass man einfach auf die Notwendigkeit eines parallelen Angebots verzichtet, damit wirklich Gerechtigkeit herrscht und damit Schulen, die einen zweiten Standort haben, immer eine zusätzliche Entlastung erhalten?

Antwort der Landesregierung: Herr Abg. Degen, um bei Ihrem eigenen Beispiel zu bleiben: Das würde dann bedeuten, dass diejenigen, die nur eine Außenklasse unterhalten, genauso einen Zuschlag bekämen wie diejenigen, die ein vollständiges paralleles Angebot mit einem erheblich höheren Koordinationsaufwand vorhalten. Sie erhalten dann im Prinzip die gleiche Ungerechtigkeit, die Sie beklagen, nur auf einem höheren Niveau.

Nachfrage des Abg. Degen: (...) Herr Kultusminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass durch die neu geschaffenen, viel gelobten Konrektorenstellen eine Grundschule zwar eine Person an der Schule etwas besser bezahlt, aber keine einzige Stunde mehr zur Verwaltung der Schule da ist?

Antwort der Landesregierung: Herr Abgeordneter, die Aufgaben, die an der Schule zu erfüllen sind, also gerade auch die Verwaltungsaufgaben der Grundschule, erhöhen sich ja nicht dadurch, dass man eine weitere Konrektorenstelle schafft und die entsprechende Person besser bezahlt. Die Aufgaben sind vorher und nachher die gleichen. Aber man hat die Möglichkeit, sie auf mehr Schultern zu verteilen und die Schultern, die dann etwas tragen, auch entsprechend zu vergüten.

Die vollständigen mündlichen Fragen können Sie auch im [Plenarprotokoll](#) nachlesen.

Im Gespräch

...MIT DER NETZWERK AG DER KOORDINATOREN FÜR FACHPRAXIS AN BERUFLICHEN SCHULEN IN HESSEN

Der Arbeitskreis Kultur führte ein Gespräch mit dem Leitungsteam der Netzwerk AG der Koordinatoren für Fachpraxis. Wir werden zusammen mit der FDP einen Berichtsantrag zu den besprochenen Themen einbringen.

Weitere Informationen zu diesem Gespräch finden Sie [hier](#).



v.l.n.r.: Christoph Degen, Caroline Hagel, Sigi Groß, Sandra

... MIT DEM RUNDENTISCH GEOGRAPHIE

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung steht: „Wir möchten einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen und treten für eine Stärkung des Faches „Politik und Wirtschaft“ ein. Ebenso wie das Fach Geschichte soll dieses Fach nicht abwählbar sein.“ Grundsätzlich begrüßen wir diese Ziele und auch die Absicht, „PoWi“ bis zum Abitur belegen zu müssen. Wir haben aber auch die Schwierigkeiten, die dies für das Fach Geographie mitbringt, wahrgenommen. Gerade in der Oberstufe ist Erdkunde/Geographie ein hochpolitisches Fach, das sich mit vielen Themen der Nachhaltigkeit und der Zukunfts- und Verteilungsfragen beschäftigt. Wir warten nun darauf, dass die Landesregierung einen konkreten Vorschlag bezüglich dieses Themas macht.

Am 10.09 führte der AK Kultus ein Gespräch mit Vertretern des Rundentischen Geographie. An dem Gesprächnahmen teil: Prof. Dr. Rainer Mehren, Dietmar Steinbach, Prof. Dr. Carina Peter und Prof. Dr. Marc Böckler



Termine und Veranstaltungen

Fachtagung: Politische Bildung an Schulen stärken

Am 31.10.19 sowie am 01.11.19 findet eine Fachtagung zum Thema „Politische Bildung an Schulen stärken“ statt. Diese wird von der GEW Hessen organisiert.

Die Tagung am 31.10.19 findet in Frankfurt von 15:30 bis 19:00 Uhr im DGB-Haus Frankfurt statt. Die Tagung am 01.11.19 findet in Kassel von 15:30 bis 19:00 Uhr im Haus der Kirche Kassel statt.

Anmelden können Sie sich bis zum 28.10.19

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Johanna Welk
Martina Häusel-David
Gerfried Zluga
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion